

KANARISCHE INSELN

Traumziel Europa



Touristentraum: Den europäischen Winter durch einen Trip auf die Kanaren verkürzen. Flüchtlinge schaffen den Sprung zum Festland meist nicht.

Im Winter besonders beliebt: die sonnigen Kanaren. Lanzarote, Fuerteventura und Gran Canaria empfangen Gäste aus aller Welt. Doch Flüchtlinge will man so schnell wie möglich wieder loswerden.

"Nach Spanien kommt man, um zu arbeiten, nicht um Verbrechen zu verüben." Mit diesen Worten warb Innenminister Angel Acebes im Januar für die Verschärfung der bestehenden Gesetze. Zwischen drei und acht Jahren Gefängnis sind für Schlepper vorgesehen. Immigranten, die straffällig werden, droht die spanische Regierung zudem mit der Ausweisung und einem zehnjährigen Einreiseverbot.

Für seine Vorschläge erhält Acebes unter anderem Beifall von Román Rodríguez, dem Präsidenten der kanarischen Regionalregierung. Rodríguez hat in den vergangenen Monaten immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass die Kanaren nach Gibraltar zum zweitwichtigsten Einfallstor Spaniens geworden seien. Die angeblich 20.000 illegalen auf den Kanaren stellen eine Bedrohung für das Urlauberparadies dar. Unterstützung erhielt der Regierungschef durch eine im November veröffentlichte Umfrage des soziologischen Forschungsinstituts CIS, wonach

58 Prozent der befragten Kanaren die illegale Einwanderung als das zentrale Problem der Inseln ansehen.

Besonders unbeliebt: afrikanische ImmigrantInnen

Afrikanische Immigranten sind besonders unerwünscht, und Vorurteile sind weit verbreitet. Der Drogenhandel und die sonstige Kriminalität nähmen mit ihrer Anwesenheit zu, so die Behauptung. Doch die Realität sieht nach Angaben des Generaldirektors der Polizei, Agustin Diaz de Mera, anders aus. Es gebe, anders als auf dem Festland, keine Anzeichen für eine Zunahme von Straftaten in Verbindung mit der illegalen Einreise.

Dennoch wird massiv aufgerüstet. Die Patrouillen der Guardia Civil sind in den letzten beiden Jahren verstärkt worden, und jüngst forderte die Regionalregierung Madrid auf, sich an den gestiegenen Ausgaben für die Sicherung der Grenzen zu beteiligen. Dazu gehören die Aufstockung

der Polizei um 800 Beamte, die in den nächsten Jahren erfolgen soll, genauso wie die Überwachungsflüge per Hubschrauber durch die Guardia Civil. Sie gibt Informationen an die Einheiten am Boden weiter, die dann die kleinen Boote, die so genannten pateras, auf See auflesen.

So auch im vergangenen Jahr, Ende November. Ausgezehrt und enträftelt wirkten die jungen Männer, die dem Patrouillenboot der Guardia Civil im Hafen von Los Cristianos auf Teneriffa entstiegen. Die fünf schwarzafrikanischen Jugendlichen wurden in einen Kleinbus der Polizei mit abgedunkelten Scheiben verfrachtet. Ein Fotograf schob sich kurz an den Polizisten vorbei und drückte mehrfach auf den Auslöser. Dann gab der Fahrer Gas, und die kleine Menschenmenge, die sich gebildet hatte, verlief sich wieder im Hafen.

Das was dann passiert, geschieht unter Ausschluss der Öffentlichkeit. In Polizeikasernen und anderen, improvisierten Unterkünften werden die Personalien und Herkunft

der illegalen Immigranten geklärt, danach werden sie zügig abgeschoben. Routine für die Polizisten, für die Jugendlichen das vorzeitige Ende eines Traums: von den Kanaren den Sprung auf das Festland zu schaffen.

Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht illegale Immigranten in der Nähe der kanarischen Inseln aus dem Atlantik gefischt werden. Allein an jenem Novembertag waren es deren 81. Auf 6.572 beziffert der verantwortliche Brigadegeneral José Piriz die Zahl der zwischen Januar und Ende September 2002 aufgegriffenen Flüchtlinge, die vor allem aus schwarzafrikanischen Staaten und Marokko stammen.

Schlepper bringen die meist männlichen Einwanderer von kleinen Häfen an der Küste Mauretaniens, Marokkos oder der Westsahara bis an die Strände Lanzarotes, Fuerteventuras und Gran Canarias. Vergleichsweise wenige Flüchtlinge landen in ihren pateras an der Küste von Teneriffa, La Palma, Gomera oder Hierro. Doch auch ihre Zahl steigt. Daher hat man nach langen Streitereien entschieden, auf Teneriffa ein Immigrantenzentrum zu errichten, statt die Flüchtlinge in den Kasernen der Guardia Civil oder der Polizei unterzubringen.

Die andere Seite der Kanaren

Ein altes Gefängnis im Zentrum von Santa Cruz hatten Vertreter des spanischen Innenministeriums dafür ausgesucht. Doch gegen diesen Plan liefen Anwohner und die Gemeindevertreter in der Inselhauptstadt Sturm. Man wollte das Zentrum nicht mitten in der Stadt, sondern lieber außerhalb haben. Nach sieben Monaten mit öffentlichen Protesten stellte das Verteidigungsministerium ein Areal auf einem ehemaligen Militärgelände zur Verfügung, wo nun das Zentrum für 250 Menschen gebaut wird. Insgesamt verfügen die kanarischen Inseln über mehr als 2.000 der insgesamt 3.000 spanischen Abschiebeplätze.

Die Bemühungen, die Kanaren abzuschotten, passen per-

fect zur übergeordneten Strategie der spanischen Regierung, die sich in den letzten Jahren zur Vorkämpferin innerhalb der EU bei der Reduzierung der illegalen Einwanderung gemauert hat. Eine neue mit High-Tech vollgestopfte Einsatzzentrale in der Meerenge von Gibraltar wurde erst kürzlich mit Unterstützung der EU eingeweiht. Ceuta und Melilla, die beiden spanischen Enklaven, die Marokko für sich beansprucht, sind komplett eingezäunt und überwacht, und auch das Schlupfloch Kanaren soll geschlossen werden. Einer am Ende des vergangenen Jahres veröffentlichten Studie des

Verteidigungsministeriums zufolge ist die illegale Einwanderung zu einer "ernsten Bedrohung der nationalen Sicherheit" geworden. Bis Ende September wurden nach Informationen der Guardia Civil in ganzen Land 56.348 illegale Einwanderer festgenommen. Das sind mehr als die 44.841 die im vergangenen Jahr abgeschoben wurden.

Die wenigen Immigranten, die es schaffen, durch das enger werdende Überwachungsnetz auf den Kanaren zu schlüpfen, haben jedoch kaum eine Chance unterzutauchen. Laufend gehen bei den lokalen Polizeistationen Hinweise aus der Bevölkerung ein. Unweigerlich landen die Immigranten dann in den überfüllten Notunterkünften auf den Inseln. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch wirft in ihrem Bericht über die "andere Seite der kanarischen Inseln" der spanischen Regierung inhumanes Verhalten vor, da die Einrichtungen in Fuerteventura und Lanzarote weder über ausreichenden Platz noch über genügend sanitäre Einrichtungen verfügen.

Zudem sind allein Freiwillige und das Rote Kreuz für die Betreuung der Immigranten zuständig. Sozialarbeiter und Dolmetscher gibt es nicht, und eine gesonderte Betreuung für jugendliche Flüchtlinge ist von den spanischen Behörden nicht vorgesehen.

Knut Henkel,
Santa Cruz de Tenerife

Conférence-débat sur la Convention de l'Union européenne

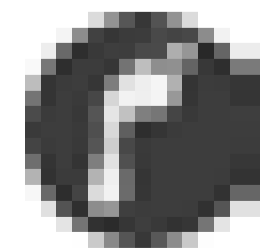
Où restent les Droits sociaux?

Le jeudi 6 mars 2003 à 18h00 au Casino Syndical à Luxembourg-Bonnevoie, 63, rue de Bonnevoie

avec les intervenant(e)s et le public,

Marie-Paule Connan, Coordination des Marches européennes,
Renée Wagener, députée, Déi Gréng,
Nico Wennmacher, président du FNCTTFEL-Landesverband,
Nico Clement, secrétaire central de l' OGB-L,

Modération: ACC-Luxembourg



Organisée par ACC-Luxembourg, membres des Euromarches / Marches européennes contre le chômage, la précarité et les exclusions

